

PRÄAMBEL

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Stolzenau den Bebauungsplan Nr. 47 "Biomasse Stolzenau" bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung, sowie die Begründung beschlossen.

Stolzenau, 03.03.08

gez. Müller Siegel
Bürgermeister (Siegel)

VERFAHRENSVERMERKE

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Gemeinde Stolzenau hat in seiner Sitzung am 29.03.2006 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 47 "Biomasse Stolzenau" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 04.10.2006 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Stolzenau, 03.03.08

gez. i.A. Schrapel Siegel
Bürgermeister

PLANUNTERLAGE

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte, Gemarkung Stolzenau, Flur 9
Maßstab: 1:1000
Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nicht wirtschaftliche Zwecke gestattet (§ 9 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen vom 12.12.2002, Nds. GVBl. Nr. 1/2003).
Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 12.06.2006). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Celle, 11.01.2008

gez. Koch
Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

PLANVERFASSER

Der Bebauungsplan Nr. 47 "Biomasse Stolzenau" wurde von der infraplan GmbH ausgearbeitet.

Celle, 07.01.2008

gez. S. Strohmeier Stempel
Planverfasser/-in

FRÜHZEITIGE ÖFFENTLICHKEITS- UND BEHÖRDENBETEILIGUNG

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde im Zeitraum vom 23.10.2006 bis einschließlich 13.11.2006 durchgeführt.
Ort und Dauer der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden am 04.10.2006 ortsüblich bekannt gemacht.
Im gleichen Zeitraum fand die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 28.09.2006 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB statt.

Stolzenau, 03.03.08

gez. i.A. Schrapel Siegel
Bürgermeister

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG UND BEHÖRDENBETEILIGUNG

Der Verwaltungsausschluss der Gemeinde Stolzenau hat in seiner Sitzung am 04.04.2007 dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 47 "Biomasse Stolzenau" und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 28.08.2007 ortsüblich bekannt gemacht.
Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 47 "Biomasse Stolzenau" und die Begründung haben vom 10.09.2007 bis einschließlich 12.10.2007 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Im gleichen Zeitraum fand die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 24.08.2007 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB statt.

Stolzenau, 03.03.08

gez. i.A. Schrapel Siegel
Bürgermeister

SATZUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Gemeinde Stolzenau hat den Bebauungsplan Nr. 47 "Biomasse Stolzenau" nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 12.12.2007 gemäß § 10 BauGB zur Satzung, sowie die Begründung beschlossen.

Stolzenau, 03.03.08

gez. i.A. Schrapel Siegel
Bürgermeister

AUSFERTIGUNGSVERMERK

Der Bebauungsplan Nr. 47 "Biomasse Stolzenau" wird hiermit ausgefertigt.

Stolzenau, 03.03.08

gez. i.A. Schrapel Siegel
Bürgermeister

INKRAFTTRETEN

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 47 "Biomasse Stolzenau" mit der Begründung ist gemäß § 10 BauGB am 05.03.08 ortsüblich bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 05.03.08 rechtsverbindlich geworden.

Stolzenau, 05.03.08

gez. i.A. Schrapel Siegel
Bürgermeister

VERLETZUNG VON VORSCHRIFTEN

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 47 "Biomasse Stolzenau" mit der Begründung sind Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB, Verletzungen der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und Flächennutzungsplanes gemäß § 214 Abs. 2 BauGB und Mängel der Abwägung gemäß § 214 Abs. 3 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Stolzenau,

Bürgermeister

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

In dem sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Biomasse", das der Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien gemäß § 11 (2) BauNVO dient, sind technische Anlagen zulässig, die der energetischen Nutzung von anerkannter Biomasse gemäß § 2 der Biomasseverordnung vom 21.06.2001 dienen und eine installierte elektrische Leistung von max. 1 Megawatt nicht überschreiten.
Dabei darf nur die anerkannte Biomasse eingesetzt werden, die die Vorgaben des § 8 (2) des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) vom 21.07.2004 erfüllt (Gülle, Pflanzen und Pflanzenbestandteile). Alle übrigen Stoffe sind ausgeschlossen.
Zudem ist die Menge der zulässigen Gülle auf maximal 2.000 Tonnen pro Jahr und der zulässigen Substrate aus Pflanzen und Pflanzenbestandteilen auf maximal 12.000 Tonnen pro Jahr begrenzt.

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

2.1 Im sonstigen Sondergebiet darf die zulässige Grundfläche durch die Grundfläche der in § 19 (4) Nr. 1, 2 und 3 BauNVO bezeichneten Anlagen nicht überschritten werden.

2.2 Mindestens 20% der zulässigen Grundfläche (GRZ von 0,75) ist mit versickerungsfähigen Oberflächenbelägen (z.B. Pflaster mit mindestens 25% Fugenanteil, Rasenstein, Schotterrasen) herzustellen.

3. HÖHE DER ANLAGEN

Die Anlagenhöhe darf maximal 16,0 m betragen. Maßgebend für die Anlagenhöhe ist der höchste Punkt der Anlage zur Oberkante des zur Erschließung des Grundstückes dienenden Wirtschaftsweges in seinem höchsten Punkt. Für die Ermittlung des höchsten Punktes des Wirtschaftsweges ist nur der Abschnitt des Weges zu berücksichtigen, der an den Geltungsbereich angrenzt.

4. BAULICHE VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN

Bauliche Anlagen (Behälter), in denen Biomasse (In- und Outputstoffe) verwertet wird und von denen Gerüche ausgehen können, sind gasdicht abzudecken. Flächen, auf denen Biomasse gelagert wird, sind abzudecken.

GRÜNORDNERISCHE TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 (1) Nr. 25a BauGB)

Innerhalb der 2,5 m breiten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist eine einreihige und innerhalb der 5,0 m breiten Fläche eine dreireihige Hecke aus heimischen Laubsträuchern nach dem Pflanzschema in Teil 2, Kap. "Ausgleichsmaßnahmen" der Begründung anzupflanzen. In die Hecken sind im Abstand von 9 m Laubbäume zu pflanzen. Die zu verwendenden Baum- und Straucharten sind aus der unten angegebenen Pflanzensliste auszuwählen. Abgängige Pflanzen sind in der unten angegebenen Qualität zu ersetzen. Die Pflanzungen sind durch Einzäunung gegen Wildverbiss zu schützen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

2. FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT SOWIE ZUM AUSGLEICH (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)
Das Flurstück Nr. 39 und Teile der Flurstücke Nr. 40 und 41 der Flur 9 in der Gemarkung Stolzenau sind aus der derzeitigen Nutzung zu nehmen (ca. 9.248 m²). An der Nord und Ostseite des Flurstückes Nr. 39 ist eine einreihige Hecke sowie entlang der Ostseite des Flurstück Nr. 41 und teilweise des Flurstücks Nr. 40 ist eine dreireihige Hecke aus heimischen Laubsträuchern nach dem Pflanzschema in Teil 2, Kap. "Ausgleichsmaßnahmen" der Begründung anzupflanzen. In die Hecken sind im Abstand von 9 m Laubbäume zu pflanzen. Die zu verwendenden Baum- und Straucharten sind aus der unten angegebenen Pflanzensliste auszuwählen. Abgängige Pflanzen sind in der unten angegebenen Qualität zu ersetzen. Die Pflanzungen sind durch Einzäunung gegen Wildverbiss zu schützen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.
Zum südlich angrenzenden Gewässer ist ein Gewässerunterhaltungsstreifen in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde anzulegen.

Innerhalb der Fläche für Maßnahmen ist ein Feuchtbiotop (tlw. Flurstück 41, ca. 1.500 m²) mit unterschiedlichen Tiefen zonen anzulegen, welches hohe Grundwasserstände bzw. auch Überflutungen aufnehmen kann. Punktuell sind tiefere Mulden als Amphibienlaichgewässer auszugestalten. Der Bodenaushub darf nicht innerhalb der Fläche für Maßnahmen verbleiben.

Die randlichen Flächen zum Feuchtbiotop und zur Heckenpflanzung sowie das verbleibende Flurstück 39 sind zu einer extensiven Grünlandbrache (ca. 5.950 m²) zu entwickeln. Hierfür ist Saatgut mit typischen Arten des krautreichen Feuchtrünlandes auszubringen. Die Grünlandbrache und -säume sind einmal jährlich ab Juli im zeitlichen Versatz zu mähen, d.h. auf jeweils einem Drittel der Fläche im Juli, August und September. Das Mahgut ist abzutransportieren. Das Düngen oder Beweiden der Fläche ist nicht zulässig.

Spätestens im ersten Jahr nach Abschluss der Bauarbeiten sind alle Maßnahmen auszuführen.

3. ARTENLISTE UND PFLANZQUALITÄTEN

Für die Heckenpflanzungen sind autochthone Sträucher und Bäume folgender Arten in den angegebenen Qualitäten zu verwenden:

Bäume (Qualität: 2xv. Heister, Höhe 150 - 200 cm)	Sträucher (Qualität: verpflanzte Sträucher, Höhe 60 - 100 cm)
Spitz-Ahorn (Acer platanoides)	Roter Hartriegel (Cornus sanguinea)
Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus)	Hasel (Corylus avellana)
Schwarz-Erle (Alnus glutinosa)	Zweigriffliger Weißdorn (Crataegus laevigata)
Sand-Birke (Betula pendula)	Trauben-Kirsche (Prunus padus)
Gewöhnliche Esche (Fraxinus excelsior)	Schlehe, Schwarzdorn (Prunus spinosa)
Vogel-Kirsche (Prunus avium)	Hunds-Rose (Rosa canina)
Stiel-Eiche (Quercus robur)	Öhrchen-Weide (Salix aurita)
Eberesche (Sorbus aucuparia)	Sal-Weide (Salix caprea)
Feld-Ahorn (Acer campestre)	Asch-Weide (Salix cinerea)

4. OBERFLÄCHENENTWÄSSERUNG

Das auf den versiegelten Flächen des Geltungsbereiches anfallende nicht verunreinigte Regenwasser ist innerhalb der Fläche für Maßnahmen gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB zu versickern. Verunreinigtes Regenwasser bzw. Sicker-säfte sind den Gärrestbehältern zuzuführen. Die konkrete Dimensionierung und Ausgestaltung ist mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.

HINWEIS

Im Plangebiet ist mit dem Auftreten archäologischer Bodendenkmalfunde zu rechnen, die den Schutz- und Meldebestimmungen des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes unterliegen. Erdarbeiten im Plangebiet bedürfen einer denkmalrechtlichen Genehmigung gemäß § 10 in Verbindung mit § 13 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG).

RECHTSGRUNDLAGEN

- Gemäß der Überleitungs Vorschrift des BauGB vom 24. Juli 2004 (BGBl. I S. 1359) gilt das BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. S. 2141), berichtigt am 16. Januar 1998 (BGBl. I S. 137), geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. S. 1149), zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950), geändert durch Art. 2 i.V.m. Art. 8 des Gesetzes zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 03. Mai 2005 (BGBl. I 05, S. 1224)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- NBauO zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2005 (Nds. GVBl. S. 208)
- BNatSchG zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften (BNatSchGNeuregG) vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193)
- NNatG zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 05. September 2002 (Nds. GVBl. S. 386)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 21. Februar 1990 zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1794)
- Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) vom 05. September 2002 (Nds. GVBl. S. 378)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (PlanzV90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58, BGBl. III 213-1-6)
- Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359) zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. September 2002 (Nds. GVBl. S. 378)

PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

 sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Biomasse"

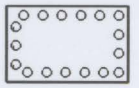
2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG


0,75 Grundflächenzahl
max. H = 16,0 m maximale Anlagenhöhe

3. BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN

— — — Baugrenze

4. PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

 Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft, privat

5. SONSTIGE PLANZEICHEN

— — — Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Hiermit wird amtlich beglaubigt, daß die vor- umstehende
Abschrift Ablichtung mit der vorgelegten Urschrift
Ausfertigung beglaubigten / einfachen Abschrift
Ablichtung der des.....
Bebauungsplan Nr. 47
(genaue Bezeichnung des Schriftstückes)
übereinstimmt.
Die Beglaubigung wird zur Vorlage bei
(Behörde)
erteilt.

09. Juni 2008

11402 Stolzenau, den.....
Gemeinde Stolzenau
Der Bürgermeister
S. A. Hartmann



Lage des Geltungsbereiches
Übersichtskarte im Maßstab 1 : 10.000

GEMEINDE STOLZENAU

Ortsteil Stolzenau, Landkreis Nienburg/Weser

BEBAUUNGSPLAN NR. 47
"BIOMASSE STOLZENAU"

RECHTSPLAN

Stand: 06.11.2007

Maßstab 1 : 1.000